



BERLIN AKTUELL

Ausgabe 154
24. März 2017

EINWURF

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

zwei sehr erfreuliche Ereignisse sind in dieser Woche Thema in meinem Newsletter: Die Förderanträge der beiden Landkreise Bitburg-Prüm und Vulkaneifel für Bundesgelder für den Breitbandausbau wurden genehmigt. Zusammen erhalten sie über 17 Mio. Euro vom Bund für den Ausbau der Breitbandinfrastruktur. Das sind großartige Nachrichten für die Menschen in unserer Heimatregion. Schon bald werden die ersten Verlegearbeiten beginnen können!

Darüber hinaus hat am vergangenen Wochenende die Vertreterversammlung der CDU Rheinland-Pfalz über die Landesliste für die Bundestagswahl abgestimmt. Ich wurde auf Platz eins der Landesliste gewählt und bedanke mich für das Vertrauen, dass die Delegierten in mich setzen.



In Berlin waren zudem in dieser Woche die Mitglieder der Vereinigung Islek ohne Grenzen zu Gast. Diese Organisation ist ein Zusammenschluss von Gemeinden aus Deutschland, Belgien und Luxemburg. Vielen Dank für den Besuch!

Herzliche Grüße
Ihr Patrick Schnieder

WAHLKREIS

„Millionen für die Eifel – Breitbandausbau kommt voran“



Foto: Schnieder

Der Förderbescheid des Bundes wurde im Verkehrsministerium an die Vertreter des Eifelkreises übergeben: (v.l.) Patrick Schnieder MdB, Parl. Staatssekretär Enak Ferlemann MdB, 1. Kreisbegeordneter Michael Billen MdL und Günter Gansen als Vertreter der Kreisverwaltung.

Vergangene Woche war es endlich soweit. Der Eifelkreis Bitburg-Prüm hat 12,8 Mio. Euro und der Vulkaneifelkreis 4,7 Mio. Euro für den Ausbau von schnellem Internet erhalten.

Gemeinsam mit Landrat Heinz-Peter Thiel und dem Ersten Kreisbeigeordneten und Landtagsabgeordneten Michael Billen durfte ich im Bundesverkehrsministerium die Förderbescheide aus der Hand des Parlamentarischen Staatssekretärs Enak Ferlemann MdB entgegennehmen.

Die Gelder stammen aus dem Breit-

bandförderprogramm des Bundes, das ich im Jahr 2015 mit meinen Kollegen des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur initiiert habe. Das Ziel der Förderung ist eine flächendeckende Versorgung aller Orte eines Ausbaubereiches mit Übertragungsgeschwindigkeiten von mind. 50 Mbit/s. Mit dem Eifelkreis Bitburg-Prüm und dem Vulkaneifelkreis werden nun bereits zwei Landkreise in der Eifel mit Fördergeldern des Bundes unterstützt. Über das 4 Mrd. Euro schwere Förderprogramm können bis zu 70 Prozent der Kosten ei-

nes Ausbauprojektes finanziert werden. Schnelles Internet gehört zu einer modernen Daseinsvorsorge und ist für ländliche Regionen nicht nur ein wesentlicher Standortfaktor, sondern überlebenswichtig. Die Förderung des Breitbandausbaus fällt grundsätzlich in den Aufgabenbereich der Länder. Einige Bundesländer scheuen schon heute keine Kosten und Mühen, auch die Bürger auf dem Land mit Internet der schnellsten Generation zu versorgen. Bayern stellt seinen Gemeinden innerhalb von fünf Jahren 1,5 Mrd. Euro zur Verfügung. Mit den jetzt zugesagten Millionen können wir die überschaubaren Mittel, die die rheinland-pfälzische Landesregierung für das laufende Haushaltsjahr bereitstellt, nochmal entscheidend aufstocken. Dies ist ein großer Erfolg für die ganze Region und in erster Linie ein Verdienst der Landkreise, die herausragende Förderanträge eingereicht haben.



Foto: Schnieder

Für den Landkreis Vulkaneifel nahm Landrat Heinz-Peter Thiel den Förderbescheid in Berlin entgegen.

BUNDESTAGSWAHL

CDU Rheinland-Pfalz stellt Landesliste für die Bundestagswahl auf Patrick Schnieder auf Platz 1

Es ist mir eine große Ehre und Auftrag zugleich, dass mich die Vertreterversammlung der CDU Rheinland-Pfalz auf den ersten Platz der Landesliste für die Bundestagswahl gewählt hat. Ich danke für das Vertrauen und für die vielen Glückwünsche!

Vor uns liegt eine arbeitsreiche Zeit, in der die CDU und ich persönlich um jede Wählerstimme kämpfen werden. Ich freue mich auf den Wahlkampf und auf die vielen Begegnungen mit den Menschen in Rheinland-Pfalz und vor allem in meinem Wahlkreis. Ich werbe dafür, die CDU in dieser Wahl mit beiden Stimmen zu unterstützen. Mit Angela Merkel haben wir eine Kandidatin für das Amt der Bundeskanzlerin, die mit Weitsicht, hoher Aufrichtigkeit und viel Erfahrung für das Wohl der Menschen in diesem Land arbeitet. Julia Klöckner sagte in ihrer Rede auf der Versammlung in Kaiserslautern: „Unter Führung von Angela Merkel steht Deutschland gut da: Die Arbeitslosigkeit wurde halbiert, der Haushalt kommt ohne neuen Schulden aus, in Infrastruktur und Bildung wird massiv investiert. Mit uns wird es keine

Frühverrentungswelle geben, mit uns gibt es Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Deshalb wollen wir, dass Angela Merkel Bundeskanzlerin bleibt.“

Die derzeitige politische Lage ist durch Populismus und Aggression geprägt. Wir erleben diese gefährliche Mischung gerade beispielsweise auf internationaler Ebene. Der türkische Ministerpräsident brüllt ungeniert Nazivergleiche ins Mikrofon und unterdrückt gleichzeitig die Menschen in seinem eigenen Land. Erdogan hat jetzt die rote Karte verdient. Sein Verhalten ist nicht hinnehmbar. Wir müssen uns nicht von jemandem als Nicht-Demokraten beschimpfen lassen, der sein Land gerade weg von der Demokratie in ein autokratisches System führt, der den Rechtsstaat und die Meinungsfreiheit in Frage stellt und Journalisten inhaftiert, die nur ihre Arbeit machen. Der Türkei sage ich ganz deutlich: Sie ist nicht reif für eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union (die CDU hat das immer bezweifelt und für das Konzept der sogenannten privilegierten Partnerschaft geworben). Diese wird es auf absehbare Zeit nicht

geben.

In der Innenpolitik äußert sich Herr Schulz gerne mit massentauglichen Parolen und setzt auf Gefühle und Effekte. Wenn es aber um Fakten und Verantwortung geht, taucht er schnell ab. Seine bisherigen Äußerungen zeigen lediglich Rückwärtsgewandtheit. Sein einziger inhaltlicher Beitrag bisher: Rückabwicklung der Agenda 2010. Das aber würde unsere wirtschaftliche Prosperität gefährden. Schuld und die SPD haben noch nicht erkannt, dass nicht soziale Wohltaten zu mehr sozialer Gerechtigkeit führen. Wahr ist: Sozial ist, was Arbeit schafft! Deshalb brauchen wir keinen Retro-Schulz, keine Retro-SPD, keine Retro-Politik. Wir wollen nach vorne schauen und Zukunft gestalten. Das geht nur mit einer starken CDU!

PODCAST

Videointerview zum deutsch-türkischen Verhältnis

YouTube: <https://youtu.be/iFvxFPUX0Ac>

GESUNDHEIT

Zur Gesundheitsversorgung in der Fläche brauchen wir Apotheken vor Ort

Im Bundesgesundheitsministerium wird derzeit über ein Verbot des Versandhandels rezeptpflichtiger Arzneimittel nachgedacht. Bisher ist der Gesetzentwurf noch nicht beim Deutschen Bundestag eingegangen und mir deshalb auch inhaltlich nicht im Detail bekannt. Trotzdem erreichen mich seit Wochen hunderte vorformulierte Briefe aufgebrachter Bürger. Diese Briefe sind im Wortlaut alle identisch und wurden von einem internationalen Versandunternehmen aufgesetzt. Das Unternehmen hat seine Kundinnen und Kunden aufgefordert, diese Briefe an die Abgeordneten zu schicken

Zu dem Sachverhalt: Aufgrund einer Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs sind ausländische Arzneimittelversandhändler seit einigen Monaten nicht mehr an die Arzneimittelpreisbindung in Deutschland gebunden. Dadurch entsteht bei rezeptpflichtigen Arzneimitteln ein deutlicher Wettbewerbsnachteil für deutsche Apotheken. Ziel der anstehenden Gesetzgebung ist es, dieses Dilemma aufzulösen. Wie dies im Einzelnen umgesetzt werden kann, darüber diskutieren derzeit die Fachreferenten in den zuständigen Bundesministerien. Erst wenn die Bundesregierung sich auf einen Gesetzentwurf geeinigt hat, beginnt die Beratung im Deutschen Bundestag.

Das aktuell diskutierte Versandhandelsverbot würde ausschließlich verschreibungspflichtige Arzneimittel betreffen. Dadurch soll verhindert werden, dass es zu strukturellen Veränderungen kommt, die noch mehr Apotheken auf dem Land verschwinden lassen.

Bisher hat jedes verschreibungspflichtige Arzneimittel überall in Deutschland den gleichen Preis. Mit diesem System der festen Preise soll insbesondere eine schnelle und wohnortnahe Versorgung gewährleistet werden. Aufgrund eines Urteils des Europäischen Gerichtshofs gilt diese Regel nun nicht mehr für Versandapotheken aus dem europäischen Ausland, sondern nur noch für inländische Apotheken. Diese mit dem

EuGH-Urteil einhergehende Gefahr von Wettbewerbsverzerrungen (Inländerdiskriminierung) muss verhindert werden. Würde man dazu die festen Preise bei verschreibungspflichtigen Arzneimitteln, die ca. 83 % des Umsatzes der Apotheken ausmachen, vollständig aufgeben, könnte dies zu einem ruinösen Preiswettbewerb führen. Dadurch würden insbesondere kleinere Apotheken auf dem Land unter erheblichen wirtschaftlichen Druck gesetzt und in ihrer Existenz gefährdet werden.

Auf diese Apotheken vor Ort sind wir aber angewiesen. Nur sie können eine Versorgung akuter Fälle (z.B. Antibiotikum für ein Kind bei bakterieller Mandelentzündung), insbesondere an Wochenenden oder in der Nacht, gewährleisten. Der Versandhandel kann dies nicht. Außerdem bieten viele unserer Apotheken einen Vertrieb der Medikamente bis zur Haustür als Service an. Gleichzeitig stellt der Versandhandel natürlich eine Möglichkeit dar, die Versorgung von Versicherten zu gewährleisten, die aus Gründen ihres Wohnortes, ihrer Mobilität oder anderer Umstände nicht den Weg in eine der etwa 20.000 Apotheken vor Ort finden. Perspektivisch muss davon ausgegangen werden, dass eher mehr als weniger Patienten die Vorteile des Online-Handels für sich nutzen wollen. Diese Gesichtspunkte werden wir ebenso berücksichtigen.

Aktuell diskutieren wir mögliche Lösungen in der Koalition, um zu einer Lösung zu finden, die möglichst allen Bedürfnissen gerecht wird.

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.:
Patrick Schnieder MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/227 71883
Fax: 030/227 76240
[E-Mail](#) • [Webseite](#)
[Facebook](#) • [Twitter](#) • [Youtube](#)

POSTSKRIPTUM

P.S.: Am Rande bemerkt...

... ist nicht alles, was am Rande der Politik bemerkt wird, auch lustig.

Wahlkampf ist Zuspitzung. Es wird lauter und in der Sache härter diskutiert, das ist normal und das muss auch so sein. Bisher konnten wir als Demokraten immer stolz darauf sein, dass wir es geschafft haben, in der Sache zu streiten und persönliche Angriffe und Diffamierungen zu unterlassen. Das wünsche ich mir auch für den bevorstehenden Bundestagswahlkampf. Die SPD scheint das aber anders zu sehen.

Dort hat man von jungen Programmierern Spiele entwickeln lassen, die auf niedrigschwelliger Basis im Internet Aufmerksamkeit erregen sollen. Es entstand das Spiel „Schulzzug“. An sich ist das keiner Nachricht wert. Allerdings wurde hier eine bewusste Provokation eingebaut, die mehr als geschmacklos ist:

Der Spieler sieht eine grob animierte Figur, die Herrn Schulz ähnelt, in einer Lokomotive. Die Aufgabe des Spielers ist es, mit der Lokomotive die Gleise zu wechseln und dadurch Gegenstände und Personen zu überfahren. Ja: Sie haben richtig gelesen, Personen sollen hier überfahren werden. Zu erkennen sind beispielsweise die AfD-Vorsitzende Frauke Petri oder US-Präsident Donald Trump.

Auch wenn es sich um einfache Grafiken handelt und nicht um realistische Darstellungen, ist diese Form der Auseinandersetzung mit politischen Gegnern alles andere als witzig.

Auf Kritik, die auch von Julia Klöckner geäußert wurde, reagierte ein junger Sozialdemokrat mit der Forderung, Julia Klöckner solle auch in das Spiel aufgenommen werden. Das ist so niveaulos, dass man es kaum fassen kann. Und dieser Kommentar bestätigt, was wir mit unserer Kritik zum Ausdruck bringen. Bei der SPD verlieren einige Akteure die Realität und die Grundprinzipien von Demokratie aus den Augen. Populismus ist gefährlich, egal ob er von links oder rechts kommt.